

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Meißschen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 166.

Neuenbürg, Montag den 21. Juli 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Juli. Die kürzlich veröffentlichte Note zur Frage der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher bedarf einer gewissen Korrektur. Richtig ist, daß alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, gegen Einzelheiten des Regierungsentwurfs Bedenken erhoben haben, aber wenigstens die Sozialdemokratie hat dem Entwurf in seiner Gesamtheit zugestimmt.

Stuttgart, 19. Juli. Die Tarifverhandlungen für die Angestellten der gesamten württembergischen Industrie haben gestern abend 9 Uhr ihren Abschluß gefunden.

Berlin, 19. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, wurde im Hinblick darauf, daß die Ratifikation des Friedensvertrages für die drei Großmächte die Erlaubnis zur Ernennung eines deutschen Botschafters in Paris nach sich ziehen wird, Herr von Persner zum Geschäftsträger der deutschen Republik in Frankreich ernannt.

Berlin, 18. Juli. Entgegen der in der französischen Presse vertretenden Ansicht, daß die deutschen Kriegsgefangenen nur in Austausch gegen freie deutsche Arbeiter freigegeben werden sollten, steht, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, die französische Regierung nicht auf diesem Standpunkt. In den Verhandlungen in Versailles wurde von der französischen Regierung zugesagt, daß die deutschen Kriegsgefangenen bedingungslos freigegeben werden sollen.

Berlin, 19. Juli. Auf dem deutsch-demokratischen Parteitag erläuterte Abg. Nuschke den Geschäftsbericht und Abg. Petersen den Tätigkeitsbericht der Fraktion in der Nationalversammlung. — Das Reichsernährungsministerium hat sich mit der Zwangsbeschaffung der Eier einverstanden erklärt. — Die deutsch bleibenden Kreise der Provinzen Pommern und Posen sollen an die schon bestehenden Bemerkungseinheiten angeschlossen werden. — In der deutsch-polnischen Front ist noch immer keine Ruhe. Ständig unternehmen die Polen unter Duldung ihrer Regierung Vorstöße.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 19. Juli. Zu dem Etat des Ernährungsministers, der heute zur Beratung stand, lagen außer dem bereits bekannten Ausschussanträgen verschiedene Anträge aus der Mitte des Hauses vor; vom Zentrum über unentgeltliche Abgabe von Waldstreu und über die Zuweisung des erforderlichen Getreides und Saatgutes an die vom letzten Hagelschaden schwer betroffenen Gemeinden in den Oberämtern Nördlingen und Eningen; vom Bauernbund Anträge über Festsetzung landwirtschaftl. Höchstpreise, über Aufhebung der Zwangswirtschaft nach der Ernte und der Beschlagnahme der landwirtschaftl. Erzeugnisse, über Aufhebung jedes behördlichen Zwangs bei der diesjährigen Weinpreisbildung. Nach einem Antrag des Sozialdemokraten Gehring soll dem Preiswucher bei Obstverkäufen entgegengetreten und die bereits abgeschlossenen Kaufverträge für unzulässig erklärt werden. Wollte der Redner der Sozialdemokratie die Zwangswirtschaft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse vorerst beibehalten wissen, so wandten sich die Redner des Zentrums, des Bauernbundes und der Demokratie gegen eine solche Zwangswirtschaft und sprachen sich mindestens für eine Erleichterung von diesem Zwange aus. Wie tief die Friedensbedingungen auch in unsere einheimische Landwirtschaft einschneiden, erleben wir aus den Berechnungen, die der Abg. Strobel (B. P.) heute angeführt hat; Württemberg muß darnach an unsere Feinde 10000 Milch Kühe, 50 Drosche und 2—3000 Stuten abliefern. Im übrigen lebten all die vielen Wünsche an die Regierung wieder, die schon oft im Halbmondssaal bei den Ernährungsdebatten geäußert wurden. Minister Baumann äußerte sich zu den gestellten Anträgen im allgemeinen in zustimmendem Sinn. Unter der Zwangswirtschaft, die erst aufgehoben werden könne, wenn wir genügend Lebensmittel auf dem Markte haben, leiden nicht nur die Landwirte selbst, sondern in gleichem Maß auch die Verbraucher. Der Roggen soll zu 82 Proz., der Weizen zu 80 Proz. ausgemahlen werden. Eine gänzliche Aufhebung der Mühlenkontrolle konnte der Minister nicht in Aussicht stellen. Es ging bereits auf 2 Uhr, als der Präsident mitteilte, daß noch 8 Redner auf der Liste ständen, während im Haus selbst nur etwa 45—50 Abgeordnete anwesend waren. Trotz aller eindringlichen Mahnungen des Präsidenten ließen sich die folgenden Redner in ihrem Wortgeplätscher nicht stören. Außer dem Zentrumsmittler Stiegeler, der sich für die durch den letzten Hagelschlag so schwer geschädigten Landwirte in Oberschwaben einsetzte, und dem Bauernbundsabg. Haag, der dem Ernährungsminister praktische Winke für die Weinpreisbildung an die Hand gab, brachten die Redner keine neuen Gesichtspunkte mehr vor. Der Etat des Ernährungsministeriums wurde genehmigt. Die Abstimmung über die Anträge aber mußte wegen des schwach besetzten Hauses auf die

nächste Sitzung, die am Dienstag stattfindet und auf deren Tagesordnung der Kultetat steht, verschoben werden.

Württemberg und die landwirtschaftlichen Friedensbedingungen.

Stuttgart, 19. Juli. Auf Grund der Friedensbedingungen muß Württemberg etwa 10000 Milch Kühe, 50 Drosche und 2—3000 Stuten und ältere Fohlen abliefern. Das ist für die württ. Landwirtschaft, wie Abg. Strobel im Landtag mit Recht hervorhob, ein sehr schwerer Schlag. Seine Tragweite läßt sich abschätzen, wenn man bedenkt, daß die 10000 Milch Kühe — es handelt sich natürlich nur um erstklassige Tiere — etwa 50000 Liter Milch im Tag liefern, das ist genau so viel, als gegenwärtig täglich nach Stuttgart eingeliefert wird.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. Juli. Die Beratungen über das Schulkompromiß werden weitergeführt.

Abg. Luppe (Dem.): Das Kompromiß ist juristisch unklar. Der Schulkampf wird weiter geben. Es ist ein Grundfehler des Kompromisses, daß es die konfessionelle Verfassung nicht herbeiführt, sondern vom ersten Tag an die Konfessionen scheidet.

Abg. Frau Bloß (Soz.): Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden. Nächst ist die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten. Darin liegt gerade der Fortschritt der Toleranz.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Die neue Schule wird die Freude an der Arbeit wecken und pflegen. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen gebührt, soweit er sich mit dem neuen Geist verträgt.

Abg. Kagenstein (Soz.): Wenn den Demokraten dieses und jenes am Kompromiß nicht gefällt, so haben sie doch kein Recht zu Vorwürfen gegen uns. Die Demokraten haben sich in den schwersten Stunden unseres Volkes der politischen Verantwortung entzogen. Sie haben uns alle Konsequenzen aus der traurigen Lage des Vaterlandes aufgeladen. Das ist zwar für die Demokraten bequem, sollte sie aber von Vorwürfen gegen uns zurückhalten. Aber ich stehe nicht an zu erklären: Selbst wenn wir die absolute Mehrheit in diesem Hause hätten, könnten wir der Bestimmung andererdenkender Teile des Volkes Rechnung tragen. Wir wollen keinen Kulturkampf schon mit Rücksicht auf die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterbewegung, um sie stark zu machen im Kampfe für einen höheren sozialen Organismus.

Abg. Haase (N. S.): Die Herren Mehrheitssozialisten geben von dem Erfurter Programm ein Stück nach dem andern preis. Das Kompromiß bedeutet eine glatte Unterwerfung unter das Zentrum. Was sie hier treiben, ist nichts weiter, als den Geist der Finsternis wieder aufleben zu lassen.

Abg. Weiß (Dem.): Sie (zu den Sozialdemokraten) haben das Kompromiß wieder fallen lassen, das im Ausschuss unter Mitwirkung sämtlicher Parteien zustande gekommen war, weil eine andere Parteigruppierung eingetreten war und das Zentrum die Situation ausnützte, um noch mehr Zugeständnisse für sich herauszubohlen. Bei der Stellung, die wir zur Friedensfrage einnehmen, konnten wir nicht in der Regierung bleiben. Das wäre eine innere Unwahrheit und eine politische Charakterlosigkeit gewesen.

Damit schließt die Besprechung. In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Heinze, in der Überschrift des Abschnittes statt „Bildung und Schule“ zu sagen „Bildungs- und Erziehungswesen“ abgelehnt.

Die Art. 139 „Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre“, Art. 140 „Höhere Bildungsanstalt“, Art. 141 „Staatsaufsicht“ und Art. 142 „Allgemeine Schulpflicht“ werden in der Ausschussfassung angenommen mit dem Antrag Kagenstein auf Hinzufügung zu 142, daß nicht nur in der Volksschule, sondern auch in der Fortbildungsschule Unterricht und Lehrmittel unentgeltlich sind. Die Artikel 143—146 werden in der Fassung des Kompromisses nach dem Antrag Luppe-Gröber gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien, der Demokraten und Unabhängigen angenommen.

Nachdem schließlich Art. 147, der den Denkmalschutz betrifft, angenommen ist, wird die Weiterberatung vertagt. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das Haus auf die Erledigung des Verfassungsentwurfes am Montag und Dienstag. Die große politische Aussprache beginnt am Mittwoch mit den Reden der Minister. Sitzung Samstag 9 1/2 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Weimar, 19. Juli. Wie man hört, wird der Nationalversammlung voraussichtlich in den nächsten Tagen ein Gesetzesentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitäts-

wirtschaft zugehen. Die Kohlenlieferungen, zu denen das Reich durch den Friedensvertrag verpflichtet ist, zwingen dazu, die Sparbarkeit und Wirtschaftlichkeit der heimischen Energiequellen sicherzustellen und auf diesem wichtigen Gebiete die Führung zu übernehmen. Es ist beabsichtigt, den Bau von elektrischen Hochspannungsleitungen sofort in Angriff zu nehmen, um bei der Energieerzeugung dem Reiche die maßgebende Führerrolle zu sichern. Wohl soll die privatkapitalistische Beteiligung an großen Elektrizitätswerken in Reichseigentum überführt werden, es ist aber nicht daran gedacht, die private elektrische Industrie in den Reichsbetrieb überzuführen. Ferner ist beabsichtigt, an den Ausbau der deutschen Wasserkraft durch das Reich heranzutreten. Den Freistaaten soll die freie Verfügung über die Wasserkraft ihres Landes sowie über ihre Elektrizitätswerte und über ihre in staatlichen Werken erzeugte elektrische Energie verbleiben.

Wo beginnt die Vermögensabgabe beim „Reichsnotopfer“?

Ueber die Vermögensabgabe bestehen noch viele Zweifel, die insbesondere durch die anfängliche Meldung des Büros Herold erzeugt wurden, daß die Vermögen bis zu 25000 Mark abgabefrei seien, eine Meldung, die dann im amtlichen Auszug nicht bestätigt worden ist. Zur Behebung dieser Zweifel wird nun festgestellt, daß die Grenze, bis zu der das „Schonverzeih“ ausgedehnt werden soll, noch nicht festliegt, ebensowenig die Steuerkala. Es ist z. B. nicht richtig, wenn man annimmt, daß bei einem Vermögen von etwa 20000 Mk. 10 Prozent, also 2000 Mk. erhoben würden, bei einem Vermögen von 19900 Mk. aber nichts. Eine völlige Ausschaltung der kleinen Vermögen geht wegen der Menge dieser Vermögen kaum an. Es wird aber da zweifellos eine Abstufung erfolgen, die den sozialen Bedürfnissen der kleinen Vermögensinhaber gerecht wird. Es wird berücksichtigt werden müssen, das Alter, die Kinderzahl und außerdem auch die Frage, ob neben dem kleinen Vermögen noch Arbeitseinkommen vorhanden ist.

Zum Landarbeiterstreik.

Berlin, 19. Juli. Zum Landarbeiterstreik schreibt der „Lokalanzeiger“, daß die Landarbeiter neben hohen Löhnen auch Getreidelieferung und Kartoffeln in solchen Mengen verlangen, die die den Selbstversorgern zulebenden Nationen weit übersteigen. Das Reichsarbeitsministerium verlangt von den Arbeitgebern, daß sie diese Forderungen bewilligen, sich also damit über die Vorschriften der Reichsgetreide- und Kartoffelordnung hinwegsetzen.

Die Landarbeiter aber schieben diese ihren eigenen Bedarf übersteigenden Lieferungen zum großen Teil an den Schleichhandel ab. Die Reichsgetreidestelle wiederum besteht bei denselben Bauern und Gutsherrn, die sie hier zur Ueberretung ihrer eigenen Vorschriften nötigt, auf strengster Erfüllung der Ablieferungspflicht.

Berlin, 19. Juli. Der Erntearbeiterstreik im Reiche ist seit gestern im langsamen Abflauen begriffen. In der Provinz Pommern ist die Zahl der Streikenden bis auf 60 Prozent zurückgegangen.

150 000 deutsche Zivilarbeiter nach Nordfrankreich.

Berlin, 19. Juli. Zur Entsendung deutscher Zivilarbeiter nach Nordfrankreich wird in der „Deutschen Allg. Ztg.“ ausgeführt, daß seitens der deutschen Regierung, die stets betont habe, daß sie diese schon 1918 übernommene Verpflichtung loyal ausführen werde, an der Hand der von den Alliierten angegebenen Richtlinien sofort die nötigen Vorarbeiten in umfassender Weise in die Wege geleitet worden sind, um die Entsendung deutscher freier Arbeiter möglichst zu beschleunigen. Im engsten Einvernehmen mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden wird ein Vorschlag ausgearbeitet, der den deutschen Arbeitern, die zur Erfüllung dieser nationalen Pflicht nach Nordfrankreich gehen wollen, angemessene Unterbringung, günstige Arbeitsbedingungen, und genügend Schutz ihrer persönlichen Sicherheit gewährleistet. Die deutsche Regierung hoffe, daß es gelingen werde, genügend Arbeiter hierfür zu finden. Es dürften etwa 150 000 Mann in Frage kommen.

Ausland.

Rotterdam, 19. Juli. Die „Daily Mail“ schreibt, daß England und Frankreich ihre Armeen auf ein Drittel der Kriegsstärke herabsetzen werden. Eine Befestigung der stehenden Deere sei für beide Länder zur Zeit unmöglich. Die englische Friedensstärke würde das Achtfache der Deerestärke von 1914 betragen.

Rotterdam, 19. Juli. Wie aus Paris gedrahtet wird, ist man über die Verteilung Deutsch-Ostafrikas einig geworden. Belgien tritt an England einen bedeutenden

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitspaltel oder deren Raum 20 J. außerhalb des Bezirkes 25 J. bei Anzeigenverteilung durch die Geschäftsstelle 30 J. extra. A. Klammer, Seite 50 J. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Folge des Mahnerfahrens häufig wird.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. für telet. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.



Teil des alten Kongo am Tanganika ab und empfängt dafür einen großen Teil der deutschen Kolonie. England sichert sich auf die Weise die Verbindung Kapstadt-Kairo.

Rotterdam, 19. Juli. Im englischen Unterhaus teilte Balfour mit, daß England durch die Friedensverträge die Zahl seiner Schiffskaaten um 10 vermehrt werde. Auch die Unabhängigkeit Palästinas würde unter englischem Mandat durchgeführt werden.

Strasbourg, 17. Juli. Die Stärke der Garnisonen, die auf das Elsaß und Lothringen verteilt werden, werden überschlägig auf 120000 Mann beziffert. Strasbourg wird eine der ersten und größten französischen Garnisonen werden und ständig mit 20000 Mann Truppen besetzt sein. Kolonialregimenter werden in Strasbourg und Metz untergebracht. Ordre Infanteriegarnisonen erhalten Diedenhofen, Saarbrücken, Saarlouis, Borsdorf, Bistich und Schleisstadt. Die Festungswerke von Metz und Strasbourg werden erweitert. — Nach Versicherungen des Kriegsministers hat Frankreich mit dem Ausbau des elsaß-lothringischen Festungsbau 2 Milliarden frs. innerhalb 5 Jahren aufgewendet. Die rechtsrheinischen Brückenköpfe würden der militärischen Besetzung durch Deutschland nicht wieder überantwortet werden.

Paris, 19. Juli. Der ersten Anklageschrift gegen 6 deutsche Herrscher ist von der Alliiertenkonferenz am Mittwoch zugestimmt worden. — Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ wissen will, wurde beschlossen, das Verlangen Hindenburgs und Bethmann-Hollwegs für den Kaiser einzutreten, abzulehnen.

Mailand, 19. Juli. Nach Pariser Meldungen der „Stampa“ wird Frankreich 50, Italien 12 Prozent der von den Mittelmächten an den Vorkriegsstand zu entrichtenden Entschädigungssumme erhalten. Amerika verzichtet auf den etwa 1,5 Milliarden betragenden Anteil des Schadenersatzes für versenkte Schiffe, behält aber den in amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffsräum, dessen Wert etwa 7 1/2 Milliarden beträgt.

Mailand, 19. Juli. Der „Secolo“ meldet, daß die italienischen Okkupationskräfte in Sofia abberufen und durch französische Truppen ersetzt werden.

Rotterdam, 19. Juli. „Daily Mail“ meldet, daß für die deutschen Luftangriffe auf London zusammen 4 1/2 Milliarden Schilling Schadenersatz von Deutschland gefordert werden.

Amsterdam, 18. Juli. Der „Times“ vom 16. Juli zufolge soll die königliche Sanction des Friedensvertrages für Ende der nächsten Woche zu erwarten sein. Der offizielle Akt der Ratifikation des Friedensvertrages durch die Krone würde alsbald folgen.

Washington, 19. Juli. Aus Washington ist eine offizielle Information eingetroffen, der zufolge Japan im Begriffe ist, auf alle Rechte bezüglich der Halbinsel Schantung zu verzichten. Die chinesische Delegation in Versailles wird sich dadurch veranlaßt sehen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ferner glaubt man, daß hiermit automatisch die Opposition im amerikanischen Senat ausgeschaltet wird. Japan soll das Versprechen bereits Wilson, Clemenceau und Lloyd George gegeben haben.

Zum Weltfrieden gegen den Gewaltfrieden.

Berlin, 19. Juli. Die meisten Arbeiterräte der großen Berliner Fabriken und Betriebe haben sich gegen die Aufforderung der Unabhängigen und Kommunisten ausgesprochen, am 21. Juli durch allgemeine Arbeitseinstellung für die Solidarität mit dem Proletariat der Ententeländern zu demonstrieren. In Groß-Berlin sind für den 21. Juli 17 Versammlungen einberufen.

Paris, 19. Juli. Der heutige Tag brachte verschiedene Abjagen für den Generalstreik, der für den 21. Juli geplant war. Das Pariser Syndikat katholischer Angestellter, die Arbeiter und Angestellten von Cafés, Restaurants, Hotels usw., sowie mehrere große sozialistische Vereinigungen beschlossen, dem Aufruf nicht Folge zu leisten. Die elsaß-lothringischen Eisenbahner erklärten ebenfalls, an keiner Manifestation teilzunehmen. Das Syndikat der Postangestellten erklärt sich zur Teilnahme am Generalstreik passiv. Die Buchdrucker der Pariser Zeitungen erklärten, am 21. Juli die Zeitungen erscheinen zu lassen, die Haltung der Scher im Lande ist noch nicht erklärt. Die Künstler der Pariser Theater entschlossen sich in einer stark besuchten Versammlung zur Teilnahme am Generalstreik.

Rom, 19. Juli. Der Gedanke eines Generalstreiks scheint immer mehr an Boden zu verlieren. Zahlreiche Gewerkschaftsaktionen aller Verufe teilen mit, daß sie an dem Streik am 21. Juli nicht teilnehmen.

Oesterreich und die Entente.

Genf, 19. Juli. Der „Temps“ meldet: Für den Fall der Ablehnung der neuen Ententeforderungen durch Oesterreich würde Italien das militärische Mandat gegen Oesterreich übertragen werden.

Eine Havas-Derechse meldet: Die neuen Bedingungen an Oesterreich sind die endgültigen der Entente. Ein Ultimatum ist Oesterreich nicht gestellt, doch sind die Alliierten entschlossen, die Verhandlungen mit Oesterreich unter keinen Umständen über den 10. August hinaus fortzusetzen. Der neuen Note an Oesterreich wird noch eine Note nachfolgen, in der die Auslieferung bzw. Sicherstellung des deutschen Vorrats der österreichisch-ungarischen Banken verlangt werden wird.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Auf Grund der abgehaltenen Prüfungen am Lehrerseminar in Heilbronn zur unabhängigen Verwendung im Volksschuldienst ist u. a. für befähigt erklärt worden: Böhlinger, Paul, von Biehlberg.

Neuenbürg, 15. Juli. Der Gemeinde- und Amtsbezirksbeamten-Verein hielt letzten Montag in Heilbronn eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in der eine Reihe wichtiger öffentlicher Fragen behandelt wurden. Eine rasche Aussprache zeitigte namentlich die Verbilligung des

amerikanischen Mehls und die durch die unerwartete Maßnahme der Regierung hervorgerufene ungleiche Behandlung der Gemeinden, die das Mehl rechtzeitig an die Verbraucher abgegeben gegenüber denjenigen, die aus irgend einem Grunde mit der Abgabe verzögert haben. Die Versammlung einigte sich auf einen Antrag an den Bezirksrat, die Verbilligung des Mehls allen Verbrauchern gleichmäßig zu gewähren. Nur dadurch kann die berechnete Unzufriedenheit der benachteiligten Verbraucher behoben werden. Eine weitere Frage von allgemeinem Interesse war die Abänderung des Status über die Unterhaltung der Nachbarschaftsstraßen des Bezirks. Schultheiß KiENZLE-Geweiler erstattete ausführlichen Bericht über diese Frage.

F. Neuenbürg, 19. Juli. Die warme Witterung nach der durchdringenden Feuchtigkeit der letzten Wochen hat die ersten Pilze hervorgebracht. Auf der Höheebene wurden heute außer etlichen Butterpilzen, die über Nacht an den grasigen Bögen angekommen sind, auch 2 Steinpilze gefunden. Sie standen dicht nebeneinander, als ob sie aus demselben Myzel entstanden wären und hatten zusammen bereits das respectable Gewicht von 1030 Gramm. Auch Gegenpilze, vor denen der Nichtschamann zu warnen ist, weil er sie mit dem Satanpilz verwechseln könnte, und ein Raritätenpilz wurden bereits festgestellt. Für Pilzsammler beginnt jetzt die erste Erntezeit.

Neuenbürg, 19. Juli. Bei der Besprechung im Ernährungsministerium wurde in Aussicht genommen, den Oberärzten zu gestatten, daß Fremde ohne ärztliches Zeugnis bis zur Dauer von drei Wochen, aber innerhalb der schon bisher vorgeschriebenen Zahl von Übernachtungen und auch jetzt noch nur mit Erlaubnis des Oberamts, das bei einer Erkrankung der allgemeinen Ernährung zu Sperreversorgungen ermächtigt ist, aufgenommen werden können.

Neuenbürg, 20. Juli. Der Reichsausschuß für Del und Fette, Landesstelle Bayern, gibt bekannt: Im September wird wieder reine deutsche Seife geliefert werden. Es handelt sich dabei um polierte Fettsäure in 100 Grammstücken, ferner um reine Kernseife in 100, bezw. 50 Grammstücken und schließlich um reine Rasierseife in 200 Grammstücken. Das 100 Grammstück Fettsäure wird 1.20 M., das 100 Grammstück Kernseife wird 0.80 M., das 200 Grammstück Rasierseife wird 1.80 M., das 50 Grammstück Rasierseife wird 0.60 M. kosten. M. Seife ist künftig in marktsfrei.

Wildbad, 20. Juli. Einen langentbehrten Kunstgenuss bot gestern Abend im Kurpaal der Männergesangsverein „Concordia“ Stuttgart-Gannstatt durch Aufführung eines Singscherz-Konzertes zum Besten der Kriegsblinden-Fürsorge. Unter bestbewährter Leitung ihres Dirigenten, Herrn Musikdirektor Gg. Ad. Rad, gab die „Concordia“ durch Vortrag einer Auswahl der schönsten Singscherz-Kompositionen Zeugnis ihres besten Könnens. Angenehme Abwechslung boten Fel. Allee Rad, Alt, und Fel. Fritz Lütthlen, Sopran, mit bezogenen Singscherz-Verben, zumteil in schwäbischer Mundart, die, mit Kunst und Verständnis wiedergegeben, reichen Beifall ernteten. Erwähnenswert ist auch eine Serenade für Tenor und Clarinette, von Herrn Müller, Gannstatt und Herrn Schwertold (Kurochsefer) gut zu Gehör gebracht. Einen würdigen Abschluß des Konzertes bildete ein Albeutsches Orablied „Ehrenvoll ist er gefallen“, ein Kunstschöner, der mit seinen reichen Einfällen die gute Schaltung der „Concordia“ in den besten Lichte zeigte. Zu bedauern ist nur, daß unsere Volkslieder-Schöpfer immer noch nicht die richtige Würdigung finden, denn der Besuch hätte noch besser sein dürfen, auch schon in Anbetracht des guten Zweckes, der den Reinertrag unseren „Armen der Armen“, den Kriegsblinden, zufließen läßt.

Württemberg.

Freudenstadt, 19. Juli. Dieser Tage wurde berichtet, daß die Kandidatur für die erledigte Stadtschultheißenstelle dem Privatmann Oskar Bames in Stuttgart angetragen worden sei, der jedoch abgelehnt habe. In der gestrigen Sitzung des Gemeinderats erklärte Stadtrat Weber zur „Sonne“ diese Meldung für unrichtig. Auch bei den weiter genannten Namen liege nicht Greisbares vor. Richtig ist, daß Landgerichtsrat Rentzler, der vom Gemeinderat zum Amtsvorweiser bestellt worden ist und als aussichtsreicher Kandidat in Betracht gekommen wäre, wegen vorgerückten Alters eine Bewerbung um die erledigte Stadtschultheißenstelle abgelehnt hat.

Bom Lande, 18. Juli. Es ist kein Geheimnis, daß in vielen Häusern auf dem Lande und auch in der Stadt ganze Stöße Papiergeld liegen. Immer wieder muß man diesen Deuten zurufen: Heraus mit dem Geld! Auf die Sparkassen oder sonstige verwenden, damit unsere Valuta besser wird. Wenn die Abstempelung kommt und sie wird kaum ausbleiben, dann muß man doch herausrücken. Wie töricht ist also, das Papiergeld aufzuhäufen, sie trägt in erheblichem Maße zur Teuerung bei.

Stuttgart, 20. Juli. Während der Gewitterstürme in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag sind im städtischen Oekonomiehof beim Krankenhaus Gannstatt in der Waiblingerstraße zu Gannstatt wahrscheinlich kurz vor Mitternacht vier Pferde im Werte von rund 25000 M. aus dem Stall gestohlen und abgetrieben worden. Das eine davon ist eine stattliche dreizehnjährige Schimmelstute, sogenannter Rutenhimmel, kennlich an einer fahlen Stelle am linken Schulterblatt; das andere ein neunjähriger Kofschuß, Wallach, mit Stern und weißen Fesseln an den Vorderbeinen, kennlich an einer Narbe am rechten hinteren Oberschenkel. Die beiden übrigen sind Ruffenpferde, nämlich ein Schwarzsimmel mit Narbe am hinteren linken Oberschenkel und eine Kofschußstute mit Stern. Für die Wiederbringung der Tiere ist eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Mitteln, die der Ermittlung der Täter und des Gutes dienen können, sind an die Polizeidirektion Stuttgart, Zimmer 73, erbeten.

Heilbronn, 20. Juli. Raum war die neue Garnison,

das Jägerbataillon 13, hier eingezogen, gab es am Donnerstag Abend schon Handel. Nach einer Soldatenversammlung, in der der Unabhängige Sozialdemokrat Schwan sprach, zogen Matrosen und Angehörige der bisherigen Sicherheitskompanien in die Mitte der Stadt. Wo sie einen Angehörigen des neuen Bataillons erwischt hätten, verführten sie, ihm das Eichenlaubabzeichen zu zeigen, verführten ihm die Beteiligung an der Unterdrückung der Münchner Räteverwaltung vor. Diese Kravalle dauerten bis gegen Mitternacht und wurden vor der Kaserne noch lange fortgesetzt. Am Freitag Abend zwischen 8 und 12 Uhr gab es neue Zusammenstöße und Schlägereien. Wiederum wurden Jäger von Kadaverkräben ohne weiteres mißhandelt und ihrer Abzeichen beraubt. Sie taten sich dann zusammen und holten Verstärkung aus der Kaserne, worauf die Kaufbolde, die teils in Zivilkleidung, teils in Matrosenuniform die Kaiserstraße unsicher machten, verschwanden.

Neutlingen, 20. Juli. In Neutlingen kostete 1919 die Schafweide noch 2500 Mark. Bei der Verpachtung der Sommerweide für 1920 wurden 12000 Mark erlöst.

Neutlingen, 19. Juli. Einer Anzahl Kirchenhändlerinnen wurde an der Bahnsteigperre von den Beamten eröffnet, daß ihre Kirchen zu 60 Pfennig das Pfund verkauft würden, was auch geschah. Die Kirchenfrauen wollten für das Pfund 1 Mark haben. Sie haben nicht schlechtes Glück.

Trossingen, 20. Juli. Der dritte bei der Gasexplosion Schwerverletzte, der verheiratete Matth. Strom, 37 monige Stunden nach seinem Bruder unter qualvollem Leiden verschied. Er war 33 Jahre alt, hat ebenfalls den Krieg mit Auszeichnung mitgemacht und hinterläßt eine Witwe mit 2 Kindern. Der vierte Verletzte, Postunterbeamter Strom, dürfte mit dem Leben davon kommen.

Mergentheim, 19. Juli. Seit einiger Zeit fiel es auf, daß eine Gaiße regelmäßig zweimal in der Woche zwischen hier und Eppersheim samt den hinterliegenden Ortschaften verkehrte. Als sie nun neulich vom Landjäger erbehalten wurde, fand man 2 geschlachtete Fämml, 45 Pf. Mehl, 60 Eier und eine Kanne mit 20 Liter Milch. Sämtliche Lebensmittel wurden beschlagnahmt.

Waldbsee, 19. Juli. Ein Mißgeschick ist einem Mähebesitzer im sog. „Angerechete“, dem gegen Leutlich zugewandenen Bezirksteil passiert. Während er im Vorhof einen anderen Papiergeld ausbezahlte, kam ein Windstoß und die kleinen Papierschekchen flatterten lustig im Winde. Ein Hunderte konnte nicht mehr beigebracht werden, er floh weit über das große Feld, wahrscheinlich auf Nummerwiedersehen. Der Müller meinte proph. er habe noch genug Punderier.

Baden.

Offenburg, 18. Juli. Die „Offenburger Ztg.“ schreibt, daß nach einer Mitteilung des französischen Kommandos in Strasbourg die Absicht besteht, die Verkehrsbeschränkungen im besetzten Danauerland schon in den nächsten Tagen aufzuheben.

Oberkirch, 19. Juli. Gestern vormittag fuhr eine französische Jägerabteilung-Kompagnie in voller Uniform, Bewaffnung und Ausrüstung über Sund in die Gegend von Oberkirch und über Ueloffen wieder zurück ins besetzte Gebiet. Es ist selbstverständlich, daß von deutscher Seite gegen derartige „Spazierfahrten“ der Franzosen ins neutrale Gebiet an zuständiger Stelle energischer Protest eingelegt wird. Auch dieser Fall zeugt aber wieder davon, was sich die Franzosen in ihrem Siegesbermut herausnehmen zu dürfen glauben. Ihr Gebahren wird nachgerade unerträglich und die Herren „Sieger“ dürfen sich unter solchen Umständen wirklich nicht wundern, wenn der Haß, den sie selbst sähen, sich in Vorfällen, wie jüngst in Berlin Bahn bricht.

Bühl, 17. Juli. Beim letzten Schweinemarkt wurde für das Paar Ferkel bis zu 580 Mark gezahlt.

Zriberg, 19. Juli. Das Mitglied des Arbeiterrates, M. Walheim, ließ sich Schieberereien zuschulden kommen, indem er Gasthöfe mit Fleisch verlor. Die Gendarmerie ertappte ihn mit über 1 Zentner Fleisch bei seinem Eintreten im Geschäft. Walheim war seinerzeit dabei, als der Arbeiterrat gegen die Zulassung des Fremdenverkehrs protestierte.

Handel und Verkehr.

Ulm, 20. Juli. Die Zufuhr zum lehen Schweinemarkt war stark und betrug 6 Käufer, sowie 300 Milchschweine. Die Käufer kosteten 450 bis 500 M. das Stück, Milchschweine erster Güte 240 M., zweiter Güte 200 M., dritter Güte 180 M. das Stück. Den hohen Preisen entsprechend war der Handel flau.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 20. Juli. Sozialdemokratische Blätter verzeichnen die Nachricht, daß als Nachfolger Schliesers der Abg. Mattutat als Arbeitsminister in Aussicht genommen sei. Er war viele Jahre als Arbeitersekretär und seit geraumer Zeit auch im Arbeitsministerium tätig. Die Nachfolgerfrage für Dr. Lindemann als Minister des Innern ist noch nicht geklärt.

Weimar, 20. Juli. Der Arbeitsplan der Nationalversammlung wird, um eine Urlaubspause zu ermöglichen, ohne die Verabschiedung der Steuerentwürfe zu gefährden, wahrscheinlich so gestaltet werden, daß vom 2. bis 20. August die Plenarsitzungen ausgesetzt werden, während die Steuerauschnisse weiterarbeiten. So würde es sich ermöglichen lassen, die Reichseinkommensteuer, die der Reichsfinanzminister unbedingt am 1. Oktober will in Kraft treten sehen, noch im September zu verabschieden.

Berlin, 19. Juli. Die Landflucht aus Westpreußen nimmt in einer für die zurückbleibenden Deutschen, wie von dort berichtet wird, niederdrückenden Weise zu.

Wien, 20. Juli. Der neue Lag meldet: In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der ehemalige Kaiser Karl demnächst den König von England auf dessen Einladung besuchen werde. Es scheint sich um die Regelung finanzieller Fragen und um die Möglichkeit einer Ueberstufung des Kaisers nach England zu handeln.

Donnerstags...
in sprach...
sicherheits...
Ange...
verfügt...
warfen...
Männer...
gegen...
fortge...
gab es...
wurden...
abgel...
und...
aufsolb...
form die...
1919...
ung der...
erlaubt...
chenh...
Beamt...
und ver...
gen woll...
bleibt...
er Cos...
strom, i...
im Leben...
den Krieg...
Mitte mit...
Strom...
it fiel es...
er Woche...
den Drei...
45 J...
Sämt...
m M...
sch z...
of einem...
und die...
in P...
log weit...
ber...
anderer...
schr...
abos z...
ngen in...
auf...
eine...
na, Be...
nd von...
Ge...
gegen...
ist nich...
sich die...
dürfen...
lich und...
stünden...
sch...
wurde...
tercates...
nen, in...
armer...
Eintre...
als der...
reichte...
nemach...
schweine...
M...
drücker...
drehend...
M...
les der...
men sel...
raum...
ange für...
gell...
ational...
glichen...
gheden...
O. A...
und die...
ermög...
reichst...
treten...
reufen...
ie von...
dipl...
e Karl...
ng be...
zieller...
ng des

Amsterdam, 21. Juli. Laut Pressebureau Radio in Amerika 68000 Tonnen Schiffsräum für den Handel in Deutschland bereitgestellt. Zwei Schiffe werden Baumbäume führen. Alle Schiffe fahren Ende ds. Mts. oder Anfang August ab.

Versailles, 21. Juli. Nach dem „Matin“ wird französische Hauptquartier ab 4. August aufgehoben.

Paris, 21. Juli. Dutaika überreichte Renner den provisorischen Text des österreichischen Friedensvertrags mit Briefe Clemenceaus, in dem den Österreichern zehn Tage zur Unterbreitung schriftlicher Bemerkungen eingeräumt werden. Die Ueberreichung geschah ohne Formlichkeiten.

London, 20. Juni. Gestern wurde mit großem Pomp die Siegesfeier gefeiert. Eine ungeheure Menschenmenge begleitete den Marsch der alliierten Truppen, die unter der Führung von Dalgly, Beatty, Verhling und Foch in die Stadt einzogen. — Den englischen Blättern zufolge, teilte die englische Rheinarmee, die augenblicklich aus 10 Divisionen bestehe, werde im Spätherbst auf zwei Divisionen verringert werden.

Neue Verkehrsbeschränkungen.

Stuttgart, 20. Juli. Nach einer Mitteilung der Reichsleitung der Staatseisenbahnen ist die Lage der Eisenbahnverwaltung für Württemberg eine äußerst ernste. Die Reichsleitung der Eisenbahnverwaltung wird ohne genügende Mittel für die Winter hincingehen. Angesichts der ungeheuer schwierigen Lage muss versucht werden, die Eisenbahnverwaltung so viel wie möglich zu erhalten. Geschehen kann dies nur durch Einschränkung des Eisenbahnverkehrs. Eine Berücksichtigung der zahlreich bestehenden Wünsche um Verbesserung des Personenzugverkehrs ist unter den vorliegenden Umständen deshalb ausgeschlossen. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß die Leistungen wieder herabgesetzt werden müssen.

Zum Proteststreik.

Stuttgart, 21. Juli. Ob die Arbeiter in Frankreich und Italien als Protest gegen den Gewaltfrieden, den der Reichstag Deutschland auferlegt hat, heute in einen Generalstreik getreten sind, wissen wir nicht. Wohl aber hat ein Teil der Arbeiter in Deutschland diesen Proteststreik zum willkommenen Anlaß genommen, wieder einmal für einen Tag die Arbeit ruhen zu lassen. In Stuttgart und Feuerbach feiern die Postarbeiter, in Untertürkheim die Doimierarbeiter, in Stuttgart die Arbeiter bei der Firma Eisemann. Dagegen wird von den Beamten in den Daimlerwerken gearbeitet.

Berlin, 21. Juli. Die italienische Regierung hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen für die Streiklage getroffen. In Rom steht ein starkes Truppenaufgebot bereit. Der private Telefonverkehr ist unterbunden. Die amtlichen Stellen werden durch drahtlosen Verkehr über die Vorgänge in Erfahrung gesetzt. Die Beamten waren auch am Sonntag auf ihrem Posten.

Berlin, 21. Juli. In dem heutigen Demonstrationstreik der Unabhängigen wird mitgeteilt, daß sowohl die große Berliner als auch die Siemensbahn und die Stadtbahn von heute früh ab die Arbeit einstellen, um sie erst morgen früh wieder aufzunehmen. Die Hochbau- und Untergrundbahn werden sich dem Streik anschließen. Das launmännische Personal beteiligt sich nicht an dem Ausstand. Bei dem Fahrpersonal der Omnibusgesellschaft hat die bessere Einsicht gesiegt. Der Verkehr auf den Omnibuslinien wird in der gewohnten Weise durchgeführt. Die Stadt-, Rund- und Vorortlinien erleiden keine Störung, da die überwiegende Mehrzahl der Eisenbahner dem Gedanken an einen neuen Streik ablehnend gegenübersteht. Ebenso wird der Fernverkehr voll aufrecht erhalten. Als bezeichnend wird es angesehen, daß die Arbeiterschaft der sogenannten Lebensmittelläden zu der unabhängigen Streikparole bekannt hat. In den städtischen elektrischen Werken ruht der Betrieb vollständig. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke streiken ebenfalls. Die städtischen Wasserwerke hofft man mit Hilfe Arbeitswilliger im Gang erhalten zu können. Wie sich die Arbeit in den großen Privatindustriebetrieben gestalten wird, muß abgewartet werden.

200 Milliarden Schadenssumme.

Versailles, 20. Juli. In der vorgestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Kammer berichtete Dubois über die Wiedergutmachungsklauseln des Friedensvertrags mit Deutschland. Er berechnet die Schadenssumme, die Deutsch-

land bezahlen muß, auf 200 Milliarden, die sich zusammensetzt aus 119 Milliarden für materielle Schäden, in denen 23 Milliarden für entgangene Gewinne durch Stilllegung der Industrie einbegriffen sind. Die Summe der kapitalisierten Militärpensionen beziffert sich auf 43,071 Millionen. Für Entschädigungen minderjähriger Kinder berechnet er 6,920 Millionen, für Entschädigungen an Hinterbliebene 2,519 Millionen, für Entschädigungen an Witwen und Verwundeten 6 Millionen, für militärische Unterstützungen nach dem Gesetz vom 5. August 1914 13,250 Millionen und schließlich für Zuwendungen an Kriegsgefangene 151,670 Millionen Franken. Dabei seien die Kriegskosten nicht eingerechnet, die Belgien allein mit 5,226 Millionen zurückgestellt wärden. Davon entfielen auf Frankreich 1,993 Millionen, auf England die gleiche Summe und auf Amerika 1,3 Millionen. Der Berichterstatter wird am Dienstag seinen Bericht fortsetzen.

Gegen Japan.

Washington, 19. Juli. Senator Williams erklärte im amerikanischen Senat, Japan werde Schantung nicht freigeben, wenn es nicht durch Krieg dazu gezwungen werde. Williams fragte: Sind wir bereit, unsere Flotte und unsere Truppen nach dem stillen Ozean zu senden? Diese Erklärung von Williams machte großen Eindruck, besonders da Williams einer der bekanntesten Parteigänger Wilsons ist und das Vertrauen des Präsidenten in hohem Maße genießt. Senator Borah erklärte: Ich glaube nicht, daß es zum Krieg mit Japan kommen wird. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß das amerikanische Volk niemals bereit sein wird, diesen Vertrag zu unterzeichnen und sich dadurch mit schuldig zu machen, daß künftighin Millionen hilfloser Chinesen zu Sklaven Japans gemacht werden. Wenn diese die einzige Alternative ist, dann bin bereit, ihr ins Knie zu sehen. Wir würden das am besten jetzt ausmachen können.

Old Point Comfort (Virg.), 19. Juli. Sechs erstklassige Schlachtschiffe und 30 Zerstörer sind als Vorhut der neu zusammengestellten Flotte von 200 Schiffen für den stillen Ozean heute morgen über den Panamakanal nach dem Westen abgegangen.

Bekanntmachung des Kriegsministeriums.
Nr. 814 R. 19. A. 10.
Versteigerung von Heerespferden.
In der im Staatsanzeiger Nr. 155 vom 12. Juli 1919 zum gemachten Pferdeversteigerung in Ulm tritt nachfolgende Änderung ein:
Die Versteigerung findet nicht erst am Freitag, den 2. Juli, sondern am 24. und 25. Juli statt, da nicht nur 70 sondern insgesamt ca. 200 Pferde versteigert werden.
Stuttgart, den 15. Juli 1919.
Württ. Kriegsministerium.
J. A.: Premaux.

Versteigerung von Heerespferden.
Am Dienstag den 22. Juli von vorm. 9 Uhr ab werden im Stall der Reiterkaserne beim Feldartillerieregiment 65 ca. 50 dienstunbrauchbare Pferde, darunter für militärische Zwecke ungeeignete Ponys, Schafsheide und Esel versteigert.
Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitz einer auf ihren Namen lautenden, mit dem Stempel des Kriegsministeriums und der Unterschrift des Kommandanten der Pferdeabteilung versehenen Karte sind, die sich durch eine Bescheinigung ihres Schultheißenamts über den rechtmäßigen Besitz dieser Karte ausweisen können. Die Karte sind sichtbar zu tragen.
Kaufanleihe wird nur von solchen Käufern angenommen, die eine schriftliche Bescheinigung von ihrem Schultheißenamt vorlegen, daß sie selbst die zur Zahlung angebotene Kriegspferde gekauft haben.
Stuttgart, den 15. Juli 1919.
Württemberg. Kriegsministerium.
M. F. v. G. d. R. M. 5.
gez. B. v. W. v. H.

Bezirkshauptmannschaft Calw.
Aufforderung.
Ew. Wohlgeb. aus dem Heeresdienst entlassenen Leute, welche nach dem Militärpaß noch einen Entlassungsschein im Besitz haben, werden hiemit aufgefordert, Paß und Entlassungsschein zur Beseitigung des Entlassungseintrags im Militärpaß an das Meldeamt Neuenbürg einzusenden. Der Militärpaß wird sofort nach Beseitigung zurückgegeben.
Bauer.

Oberamt Neuenbürg.
Auflösung von Vergütungsanerkenntnissen.
Gemäß § 21 Abs. 3 des Kriegesleistungsgesetzes wird die Gemeinde Wildbad aufgefordert, ihre Anerkenntnisse der Vergütungen für Kriegsdienstleistungen in den Monaten Juni und August 1918 bei der Oberamtspflege behufs Aufnahme der Kapitalsummen nebst Zinsen vorzulegen. Der Zinsenlauf endigt am 31. Juli 1919.
Den 18. Juli 1919. A. B. Reg.-Aff. Rilling.

Getragene weiche Herren-Filzhüte
werden nach der neuesten Mode
tadellos umgeformt bei billigster
Verrechnung in kurzer Vorfrist.
Joh. Kressel, Pforzheim,
Genossenschaftstr. 11. Tel. 3175.

Neuenbürg.
Krankenpflegeverein.
Infolge erhöhten Aufwands hat sich der Ausschuss des hiesigen Krankenpflegevereins (gegründet 1899) veranlaßt gesehen, nach vorgängiger Beratung im Kirchengemeinderat am heutigen 7. zu beschließen:
1) der Jahresbeitrag der Mitglieder wird auf 3 A erhöht;
2) die Pflegegebühren betragen
a) für Mitglieder: 30 J für 1 Tagestunde (oder deren Bruchteil); 3 A für 1 Nachtwache (in der Regel — abends 10 bis morgens 6 Uhr);
b) für Nichtmitglieder je das Doppelte;
3) der Anspruch, bei eingetretenerm Bedarfsfall als „Mitglied“ behandelt zu werden, beginnt erst 3 Monate nach vollzogenem Eintritt.
Vorstehende Neubestimmungen treten ab 1. August d. J. in Wirkung.
An die hiesige Einwohnerschaft erlaubt sich der Ausschuss des Vereins die Bitte zu richten, sich an der Mitgliedschaft des Vereins womöglich zu beteiligen, damit der Fortbestand der allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung dienenden, gemeinnützigen und nunmehr in 20 Jahren erprobten Unternehmung gesichert bleibe.
Den 17. Juli 1919. Der Ausschuss des Krankenpflegevereins: J. A. Dejan Uhl.

Bin bis 4. August verreist.
Dr. Sacki,
Facharzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenleiden,
Pforzheim.

Gruis Augenwasser
Seit anno 1785
berühmt ist wegen, trübenden Augen, thätigen, nach dem Schließen verlebten Augenlidern, chronisch, trübten Augenentzündungen, schmerzhaften oder angestrichelten Augen (Quersens) u. s. w. In jeder in den Apotheken A 2.50 die Flasche.
Jac. Friedr. Gruis, Heilbronn a. N.

Mooswurzelsammler(innen),
auch Kindern, wird hoher Verdienst angeboten.
Franz Heimpel, Cannstatt.

Zu mieten gesucht in Herrenalb
von kinderloser Offiz.-Familie
aus September oder Oktober
kleines Einfamilienhaus
mit Garten oder umschließter
6 Zimmer-Wohnung mit
Küche, Bad, elektr. Licht und
Zubehör in freier, sonniger
Lage, womöglich mit Garten-
benutzung.
Angebote baldigt an
Major Courtin,
Reunheim, N 7, 1a.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Das Brennholz
vom vorderen Hummelrain
und mittleren Eisenriegel kam
von nächster Woche ab, das-
jenige vom oberen Eisenriegel
von übernächster Woche an
abgeführt werden. Sobald
die Abfuhr offen, ist dieselbe
so zu beschleunigen, daß je
10 Tage darauf die Wege
wieder gesperrt werden können.
Den 21. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt.
Knodel.

Fritz Hoffmann, Schweineversand,
Zellbach bei Stuttgart, Telefon 141
hält fortwährend größeren Bestand in nur erstklassigen, an
Kaufstutten gewöhnten
Ferkeln
und versendet solche unt. Gar. für leb. Ant.
zu den billigsten Tagespreisen.
Forstamt Weistern.
Nadelstammholz-
Verkauf
am Freitag, den 25. Juli,
vorm. 9 Uhr, in Wildbad im
Gasthaus zum „Jägerstübli“
(im Anschluß an die Verkäufe
der Forstämter Engländerle
und Wildbad) aus Staatswald
Abt. 6 Ochsweide, 7 Enzrich,
9 Eferstube, 11 Holzweise,
12 Neurich, 18 Meisternebene:
Fm. Langholz: 225 L., 204
L., 144 M., 56 IV., 46 V. R.;
Sägholz: 154 L., 125 II.,
16 III. R. Losverzeichnisse
von der Forstdirektion, G. f.
D., Stuttgart.

Gemeinde Schwann.
Nadelstammholz-
Verkauf
aus Abt. Rüfenloch: 148 Ta.
mit Fm.: 21 I., 86 II., 61
III., 8 IV. und Sägholz mit
Fm.: 1 I., 5 II. und 1 III.
Klasse. Die verschlossenen,
bedingungslosen Gebote auf
die einzelnen Lose in ganzen
und Behtelsprozenten der
Forstpreise für 1919 sind läng-
stens Freitag, 25. Juli 1919,
abends 7 Uhr beim Schul-
theißenamt einzureichen.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Die Versorgung mit
Kohlen und Koks
wird allem Anschein nach in-
folge der fortwährenden Streiks
und Arbeitsverhinderungen in
den Bergwerksgebieten schlechter
als während der Kriegsjahre.
Von Seiten der zuständigen
württembergischen Stellen wird
alles geschehen, um einer Not-
lage durch vermehrte Zuwen-
dung von Brennholz zu be-
ginnen.
Es muß aber jede einzelne
Haushaltung darauf bedacht
sein, das zugewiesene Holz
für den Winterbedarf aufzu-
sparen und für den Kochver-
brauch im Sommer Lechholz,
auch in entlegeneren Stadt-

und Staatswaldteilen (natür-
lich mit Beschoßschein), zu
sammeln.
Auch die Versorgung mit
Stochholz
ist dringend zu empfehlen
und wollen sich Viehhäber an
Waldschütz Ruff oder an die
Straßenbauunternehmerfirma
wenden.
Den 16. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt
Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderats
am Dienstag, 22. Juli 1919,
abends 8 Uhr.
Tagesordnung:
1) Ergänzungswahl für die
Inventarbehörde.
2) Bürgerrechtsaufnahmen.
3) Rang bei Zuteilung von
Bürgerstücken.
4) Angelegenheiten der laufen-
den Verwaltung.
5) Spielplan.
Den 19. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt
Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Bestellungen auf
Baumstüben
können im Laufe dieser Woche
bei Waldschütz Ruff gemacht
werden.
Den 19. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt.
Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Die Badeeinrichtung
im Schulanstalt
wird wegen mangelnder Koks-
zufuhr bis auf Weiteres außer
Betrieb gesetzt.
Den 21. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt:
Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Gegen Rößemarle 7 werden
bei Kaufmann Bäcker
125 g Hartkäse
abgegeben. Abholen bis
spätestens 25. Juli.
Stadtschultheißenamt.
J. A.: Knodel.

